

Haushaltsrede 2020

Frank Eschrich, Vorsitzender

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick,

sehr geehrte Damen und Herren,

ein Zwerg wird nicht größer, auch wenn er sich auf einen Berg stellt, sagte Seneca vor 2000 Jahren. Pirmasens liegt sogar auf 7 Bergen und trotzdem wird es nicht größer, besser, schöner, als es tatsächlich ist, mag man sich dies auch noch so sehr wünschen. Politische Wünsche, Hoffnungen und Träume sind solange in Ordnung, wie sie als solche erkennbar sind. Werden sie als Wahrheit verkauft, geraten sie zur peinlichen Selbstüberhöhung. Wenn mindestens ein Viertel der Stadtbevölkerung teilweise generationenübergreifend im Armutskeller sitzt und in der Zeitung liest, die Stadt befinde sich auf einem guten Weg und im Aufschwung, was werden die wohl denken? Leute denken und sprechen über Pirmasens schlecht, weil es ihnen tatsächlich schlecht geht, nicht weil sie sich schlecht fühlen. Warum das Sein das Bewusstsein bestimmt, kann man bei einem anderen bekannten Philosophen nachlesen.

An der wirtschaftlichen und sozialen Situation der Stadt Pirmasens hat sich in den letzten Jahrzehnten grundsätzlich nichts geändert. Wir halten seit 1997 die rote Laterne bei der Arbeitslosigkeit in Rheinland-Pfalz, Kinder- und Altersarmut nehmen zu, die Verschuldung steigt, letzter Platz bei der Wirtschaftskraft der Kreise und Städte in der Bundesrepublik. Dazu kommen geringe Lebenserwartung und Bevölkerungsschwund. Ohne Zweifel gehört es gerade in schwierigen Zeiten zu den Aufgaben eines Oberbürgermeisters, Zuversicht und Tatkraft auszustrahlen und die Bürgerinnen und Bürger zu gemeinsamen Kraftanstrengungen zu motivieren. Gerät es aber zur platten Schönfärberei, wird dies schnell als politische Marketingaktion erkannt. In den letzten 10 Jahren gab es eine wirtschaftliche Aufschwung Phase verbunden mit einem Rückgang der Arbeitslosigkeit und Mehreinnahmen des Staates. Davon profitierte auch die Region Südwestpfalz, wenn auch nur unterdurchschnittlich. Insofern vollzog sich in Pirmasens eine völlig unspektakuläre Entwicklung wie im restlichen Bundesgebiet auch. Wirtschaftswissenschaftler gehen

inzwischen jedoch davon aus, dass sich das Wachstum in den kommenden Jahren deutlich abschwächt. Wo sollte also der Aufschwung herkommen, Herr Oberbürgermeister? Selbst in den vergangenen guten Jahren haben Ihr Vorgänger und Sie es nicht geschafft, das sinkende Schiff wieder flott zu machen. Deshalb sollte man bei zukünftigen Neujahrsreden vielleicht einen Gang zurückschalten.

Sehr geehrter Herr Bürgermeister Maaß,

wir wünschen Ihnen viel Erfolg bei der Umsetzung der UN-Nachhaltigkeitsziele, an deren erster Stelle die Armutsbekämpfung und die Schaffung von gleichwertigen Lebensverhältnissen stehen. Die Aufnahme der UN-Nachhaltigkeitsziele in das Handlungsprogramm des Biosphärenreservats Pfälzerwald-Nordvogesen des Bezirksverbandes geht im Übrigen auf eine Initiative der LINKEN im Bezirkstag aus dem Jahr 2017 zurück. Wenn die Bemühungen der Stadtverwaltung Pirmasens für eine nachhaltige Stadtentwicklung mehr als Marketing und Imageverbesserung sein sollen und mehr gewonnen werden soll, als von der Großindustrie und Konzernen gesponserte Preise, müsste der Pirmasenser Stadtrat allerdings seine Ablehnungsfront gegen konkrete Verbesserungen in diesen Bereichen aufgeben. Der Handlungsspielraum der Kommunen bei der Jahrhundertaufgabe Nachhaltigkeit ist eh gering. Wenn man aber sämtliche sozialen Projekte, die tatsächlich auf der kommunalen Ebene zu entscheiden und durchzuführen sind, seit vielen Jahren konsequent ablehnt oder ignoriert, setzt man sich dem Vorwurf der Spiegelfechtereier und Vortäuschung falscher Tatsachen aus.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick,

sehr geehrte Damen und Herren,

zum Haushaltsentwurf selbst ist nicht viel zu sagen, wir bedanken uns bei den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Stadtverwaltung für die Aufstellung des Zahlenwerks. Inhaltlich ist es nicht mehr, als der buchhalterische Ausdruck der Mangelverwaltung wie in den letzten Jahren auch. Die Aussagekraft und voraussichtliche Haltbarkeit der hier dargelegten Einnahmen und Ausgaben kann man daran abgelesen, dass bereits bei der Vorstellung des Haushaltplans die ersten Nachträge angekündigt wurden, sind wir gespannt, wie viele Nachtragshaushalte es dieses Mal werden. Die Argumente für die Einführung von Doppelhaushalten sind jedenfalls widerlegt. Rechtzeitig zum OB-Wahlkampf und zur Verabschiedung von Michael Schieler als Finanzdezernent wurde nach allen Regeln der Kunst die Mär vom ausgeglichenen Haushalt und für 2018 das erste Haushaltsjahr ohne Neuverschuldung als Durchbruch verkündet. Die Verringerung des Defizits wurde damals auf einer Pressekonferenz öffentlichkeitswirksam ausgeschlachtet, bevor die Ratsmitglieder aus der Zeitung erfuhren, dass es einen neuen Haushaltsentwurf gibt. Heute, ein Haushaltsjahr später, ist das alles Schnee von gestern und endgültig als Wahlkampfgetöse und Abschiedsgeschenk für Michael Schieler entlarvt. Heute wächst er wieder, der Schuldenberg, im defizitären Ergebnishaushalt von 13 Millionen 2018 auf 17 Millionen in 2020 und die Nettoneuverschuldung von 2,5 Millionen in 2019 auf 5,2 Millionen im Jahr 2021 bei den Investitionen.

Das Profilierungsgehabe unserer beiden Bundestagsabgeordneten aus der Schrumpf-Groko in Sachen Entschuldung der Stadt Pirmasens ist putzig und hätte das Zeug bei Dieter Nuhr verbraten zu werden. Kaffeetrinken bei Olaf oder Horst

reicht inzwischen für eine Jubelmeldung aus. Ganz in den Hintergrund gerät dabei, dass dieses Land seit 15 Jahren von CDU und SPD regiert wird und diese Parteien die maßgebliche Verantwortung dafür tragen, dass den Städten und Gemeinden in Deutschland das Wasser bis zum Hals steht. Appelle, Bündnisse und Resolutionen gibt es wahrlich genug. Die Menschen auf der Straße haben endgültig die Schnauze voll von pseudopolitischen Aufführungen und Laber-Runden. Aber offensichtlich haben einige den Schuss immer noch nicht gehört. Wenn wir Demokratie und Rechtsstaat nicht endgültig den rechten Rattenfängern zum Fraß vorwerfen wollen, dann müssen nun endlich Lösungen und keine weiteren Papierchen auf den Tisch! Und wer dann die Erfolgsmeldung an die Presse gibt, ist mir persönlich völlig egal.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

wie Sie wissen, unterstützt unsere Fraktion die Klagen der Stadt Pirmasens gegen das Land für eine angemessene Finanzausstattung. Das Land Rheinland-Pfalz hat das strikte Konnexitätsprinzip im Jahr 2004 in die Verfassung aufgenommen. Von der Aufgabenübertragung haben Bund und Land ausgiebig Gebrauch gemacht, nicht jedoch von der Übertragung der entsprechenden finanziellen Mittel. Die Schulden der Stadt Pirmasens gehen zu 80 Prozent auf Defizite im Sozialhaushalt zurück. Größter Brocken sind die Folgekosten der seit Jahrzehnten anhaltenden Massenarbeitslosigkeit. Beispielsweise bezahlt der Bund durchschnittlich nur 30 Prozent der Unterkunftskosten von Sozialleistungsbeziehern. Der Rest bleibt an den Kommunen hängen. Alleine das Defizit im Sozialhaushalt betrug in den letzten Jahren durchschnittlich 30 Millionen Euro pro Jahr und steigert sich in den kommenden Haushaltsjahren auf 35 Millionen. Rein formal betrachtet erhält die Stadt Pirmasens ihre Zuweisungen für soziale Pflichtaufgaben aus dem Landeshaushalt. Dies ist aber nur die halbe Wahrheit. Bei der politisch motivierten Dresche für die SPD-geführte Landesregierung geht leider allzu gerne vergessen, dass die Sozialgesetzgebung Bundesangelegenheit ist und nach dem Verursacherprinzip letztendlich die CDU-geführte Bundesregierung für die Defizite in den kommunalen Haushalten zuständig ist. Dass in der öffentlichen Debatte fast ausschließlich die Landesregierung an den Pranger gestellt wird, hat Gegenreaktionen hervorgerufen. Über den landeseigenen Exekutor ADD und den Landesrechnungshof holt die Landesregierung nun zum Gegenschlag aus. In Worms wurde der Oberbürgermeister von der Kommunalaufsicht genötigt, einen demokratisch gefassten Beschluss des Stadtrates aufzuheben und gegen den erklärten Willen der gewählten Mandatsträgerinnen und Mandatsträger eine Erhöhung der Grundsteuer durchzusetzen. Im Bezirkstag sollte nach dem Willen des Landesrechnungshofs eine Erhöhung der Verbandsumlage um 6 Millionen durchgedrückt werden. Dem Wormser Oberbürgermeister wurde bei Zuwiderhandlung die persönliche Haftung angedroht, dem Bezirksverband Pfalz die Auflösung als Ausweg angeboten.

Sehr geehrte Damen und Herren,

mit dieser Vorgehensweise wird die grundgesetzlich garantierte kommunale Selbstverwaltung ausgehebelt und Stadträte und Kreistage entmündigt. Für den fortgesetzten Verfassungsbruch und die Kosten des Arbeitsplatzabbaus in der Wirtschaft bedient man sich finanziell bei den Schwächsten, während Konzerne, Reiche und Besserverdienende auch zukünftig weder eine Vermögensteuer, noch ein Ende der Steuervermeidung in Milliardenhöhe befürchten müssen. Das ist eine Politik der Feigheit. Die Ungleichheit wächst, Vermögen konzentriert sich in immer

weniger Händen, Gewinne werden privatisiert und Kosten sozialisiert. Das Prinzip, die Letzten beißen die Hunde, hat sich offensichtlich endgültig durchgesetzt.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI wird sich weder den Erpressungsversuchen der Kommunalaufsicht beugen, noch den Steuerdumpingplänen der Stadtführung auf Kosten anderer Kommunen folgen. Das ist ein grundsätzlich falscher Weg, denn er führt zu einem ruinösen Konkurrenzkampf zwischen den kommunalen Gebietskörperschaften. Die Gewerbe- und Grundsteuer unterliegen der kommunalen Selbstverwaltung und gehören zu den wichtigsten Einnahmequellen der Städte und Kreise. Es spricht auch nichts dagegen, wenn Gewerbetreibende und Hausbesitzer angemessen an der Finanzierung des Gemeinwesens beteiligt werden. Die Hebesätze sollten sich an den Durchschnittswerten orientieren. Jede Abweichung von diesem Prinzip führt zur Entsolidarisierung und politischen Zersplitterung der kommunalen Landschaft.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister,

sehr geehrte Damen und Herren,

kommen wir zur Stadtpolitik. Als im Jahr 2012 die sogenannte Schulrochade auf den Weg gebracht wurde, standen im Mittelpunkt die weiterführenden Schulen, insbesondere das Gebäude des Hugo-Ball Gymnasiums, das auf der Abschussliste stand und deshalb erhebliche Proteste bei Schülern und Eltern hervorgerufen hat. Zu Recht. Heute, 8 Jahre danach, spricht kein Mensch mehr vom Umzug des Gymnasiums. Noch ganze Schülergenerationen werden im Fahrschen Wald ihr Abitur ablegen. Also Schwammdrüber? Mitnichten! Die Panik und Verunsicherung wurde von der Stadtverwaltung in Kauf genommen, weil man dringend noch eine Luftbuchung für den Kommunalen Entschuldungsfonds brauchte! Da kamen die 500.000 Euro, die man an Unterhaltungskosten für das Gebäude einsparen wollte, gerade Recht. Schließlich ist der KEF eine Pirmasenser Erfindung, zwar sinn- und wirkungslos, aber teilnehmen war natürlich Pflicht, sonst hätte das Ego der Erfinder ja Schaden nehmen können. Die ursprünglichen Stadtratsbeschlüsse zur Schulrochade sind durch jahrelange Verzögerungen, diverse Um- und Neuplanungen, falsche Ausschreibungen und eine gigantische Kostenexplosion bei der Umsetzung nur noch Makulatur. Bis der Millionen verschlingende Schulwanderzirkus in ferner Zukunft abgeschlossen sein wird, werden sich Schulgesetz und Schullandschaft wohl noch einige Male geändert haben, ob das Ganze dann noch irgendeinen Sinn macht oder völlig daneben liegt, bleibt abzuwarten. Wen kümmert's, die meisten Verantwortlichen und Abnicker sind dann längst in Pension.

Bleiben wir noch kurz bei den städtischen Großprojekten. Stadtgalerie, Exe-Galerie und Bahnhofsstraßen Kolonaden haben das Entwurfsstadium nie verlassen, dafür umso mehr Wellen verursacht und Enttäuschungen hinterlassen. Der heutige Zustand der Fußgängerzone und des Einzelhandels geht zu großen Teilen auf die Ignoranz der politisch Verantwortlichen zurück, sich mit der Realität statt mit Luftschlössern zu beschäftigen. Schon bei der 5 Jahre andauernden Hängepartie um das Projekt Stadtgalerie lautete die entscheidende Frage: Wer soll dort eigentlich einkaufen? Sich zu vergegenwärtigen, dass ein Großteil der Pirmasenser statt Markenklamotten gerade das Lebensnotwendigste kaufen kann und andere schon das Wurstbrot gefressen haben, bevor der Pirmasenser Stadtrat überhaupt an

Wurstbrot gedacht hat, passte nicht ins Konzept. Also musste ein Gutachten her, dass das Gegenteil attestiert und die Stadtgalerie mir allerlei Zahlenwerk in die Gewinnzone halluziniert. Erstellt von Gutachtern, die kein Problem damit haben, dass sich in ihrem Portfolio alles findet, von der Bank, über private Firmen bis hin zur öffentlichen Hand. Interessenskonflikt? Noch nie gehört, wer bestellt, bezahlt und bekommt, was er braucht. Neustes Großprojekt: Die Schuhstadt. Als ich vernommen hatte, dass die Entwickler aus dem direkten Einzugsgebiet der Stadt Pirmasens nur mit 10 Prozent des Umsatzes kalkulieren, war ich mehr als platt..Wo sollen die restlichen 90 Prozent herkommen? Wollen die hier ein alltägliches Gebrauchsobjekt, nämlich Schuhe, oder seltene Kostbarkeiten verkaufen? Wer fährt 30, 50 oder mehr Kilometer, um sich die gleichen Paar Schuhe zu kaufen, der er per Mausclick bequem von der Couch aus bestellen kann? Immerhin: Man hat erkannt, dass es in den Gelbeuteln der meisten Pirmasenser mau aussieht. Das ändert aber nichts an der Tatsache, dass außer Leuten, denen Shopping Glücksgefühle verursacht, niemand mit Verstand auf die Idee kommt, für den Schuhkauf eine Tagesreise zu unternehmen, schon gar nicht dauerhaft. Und dann gibt es ja auch noch Zweibrücken, Hauenstein und diverse Fabrikverkäufe, auch in Pirmasens selbst. Das alles will man mit Marketing, Shopping-Events und unschlagbaren Angeboten wettmachen. Meinetwegen, habe nichts dagegen, wenn die regionale Investor-Bank dieses Konzept für wirtschaftlich tragfähig hält. Was aber gar nicht geht: Dass die Kasse klingeln soll auf Kosten der Verkäuferinnen, die sich an 40 Sonntagen für wenig Geld die Füße platt stehen müssen! Dass die grundgesetzlich geschützte Sonn- und Feiertagsruhe immer weiter ausgehöhlt wird! Dass die hehren Worte von der Vereinbarkeit von Familie und Beruf keinen Pfifferling wert sind! Dass am Sonntag die Blechlawinen durch Pirmasens rollen und den Menschen hier vor Ort das letzte bisschen Lebensqualität am freien Sonntag rauben! Bleiben wir noch kurz bei den Blechlawinen. Gerade wird für teuer Geld eine Verkehrsplanung erstellt, die genau das Gegenteil erreichen will, die erreichen will, dass bei den Auto fixierten Pirmasensern endlich der Groschen fällt, die erreichen will, dass eine Stadt nicht für Autos, sondern für Menschen da ist. Bestürzt hat man bei den runden Tischen zur Kenntnis genommen, dass Pirmasens mit 77 Prozent PKW-Verkehr eine weitere traurige Spitzenposition neben all den anderen hält. Dann sind wir mal gespannt, wie die politisch Verantwortlichen dies unter einen Hut bringen wollen.

Thema Gesundheitsversorgung: Treffen die Prognosen der mit der Datenerhebung und Ärzteakquise beauftragten Medi-Südwest GmbH zu, gehen in den kommenden zwei Jahren 77 Prozent aller niedergelassenen Ärztinnen und Ärzte in den Ruhestand, davon mehr als 80 Prozent ohne Nachfolger. Im März 2019 hieß es auf einer Infoveranstaltung, es sei nicht 5 vor, sondern bereits 10 nach Zwölf. Die großspurig angekündigte Allianz gegen den Ärztemangel hat bisher nichts zustande gebracht. Auf öffentliche Kritik reagiert man dünnheutig und versucht mit absurden Erfolgsmeldungen zu punkten. Dass Dr. Funda der Nachfolger des verstorbenen Dr. Krämer als Chef im Praxisteam geworden ist, dem er bereits seit Jahren angehörte, dürfte mit dem Engagement der Allianz eher weniger zu tun haben. Dass in Waldfishbach ein neuer Kardiologe aufgemacht hat, nutzt der Oma mit Rollator vom Horeb gar nichts. Der Nachfolger von Dr. Klees geht ausschließlich auf das Engagement von Dr. Klees selbst zurück. Erstaunlich war die Reaktion auf den Fachvortrag über Ärztegenossenschaften. Noch nie habe ich in diesem Ratssaal das Wort Genosse so oft gehört wie am 19. März 2019. Die Lippenbekenntnisse hielten allerdings nicht lange. Als wir 14 Tage später unseren Antrag zur Gründung einer Ärztegenossenschaft durch die Allianz gegen den Ärztemangel eingebracht haben,

wurde dies mit der Begründung abgelehnt, man solle dies den Ärzten selbst überlassen. Damit ruht der Ball wieder still auf einem Fleck im Spielfeld der Ärzte wie in den vergangenen 10 Jahren auch.

Sehr geehrter Herr Oberbürgermeister Zwick,

da man die Redezeiten für Haushaltsreden nach dem Motto „Hauptsache schnell rum“ auf wenige Minuten begrenzt hat, kann ich keine weiteren Ausführungen zur Stadtpolitik machen. Bis zum nächsten Haushaltsgeplänkel werden wir Sie auf jeden Fall weiter mit den Themen Armutsbekämpfung, Klimaschutz, Stadtentwicklung, Daseinsvorsorge und weiteren existenziellen Anliegen nerven. Um die Kuschelthemen mögen sich andere kümmern. Wir werden weiter das sagen, was ist.

Die Stadtratsfraktion DIE LINKE – PARTEI lehnt die Haushaltssatzung und den Doppelhaushalt ab

Frank Eschrich, Vorsitzender